Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 259. Dienstag den 16. September 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bitte für die Ueberschwemmten im Elbthale.

Wie hinlänglich bekannt, sind die **Bewohner des Elbthales in Sachsen** durch verheerende Ueberfluthungen schwer heimgesucht worden. Die Größe des Unglücks ist derart, daß die ausgedehnten, von diesem Unglück betroffenen Gegenden in der Hauptsache auf öffentliche Unterstützungen angewiesen sind, wenn sie der drohendsten Noth nur einigermaßen entrissen werden sollen.

Wir bitten daher hiermit um milde Beiträge für diese Nothleidenden, geben uns der festen Hoffnung hin, daß auch hier, wie in früheren Fällen, der immer hilfsbereite Sinn unserer Bürgerschaft sich freudig bethätigen wird und bemerken, daß unsere **Stiftungsbuchhalterei**, Rathhaus, I. Geschoß, zur Annahme von Beiträgen angewiesen ist.

Leipzig, am 13. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer, Aff.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben
Mittwoch, den 17. dss. Mts.
die Stadtcasse, die Stiftungsbuchhalterei und die Sportelcasse I geschlossen.

Leipzig, den 10. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Junck.

Bekanntmachung.

Wegen Einlegung von Gleisen der Pferdeeisenbahn auf der Strecke Chausseehaus-Möckern wird
die äußere Hallesche Straße
auf die Dauer dieser Arbeiten und dem Fortschreiten der Gleislegung entsprechend **für allen Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 12. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7501. Dr. Georgi. Leistner.

Wohnungs-Vermiethung.

Im Commungrundstück, **Grimmaische Straße Nr. 1,** ist vom 1. October d. Js. an eine in der **4. Etage** gelegene **kleine Wohnung** zu vermiethen. Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, am 13. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 4699. Dr. Georgi. Plücker.

Auctions-Bekanntmachung.

Mittwoch, den 17. ds. Mts., Vormittags von ½10 Uhr an
sollen in der Zweiggeschäftsstelle des Vollstreckungs-Amtes in **Leipzig-Neuschönefeld, Ciarastr. 2, pt.** (vormals Gemeinde-Amt)
verschiedene Wirthschaftsgegenstände, Kleidungsstücke, Wand- und Taschenuhren, 3 Malerleitern und verschiedene andere Gegenstände
an den Meistbietenden **gegen sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 12. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Id. 10499. Dr. Georgi. Hübschmann.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurde laut hier erstatteter Anzeige:
1) Ein goldener **Damenring** mit Türkis, am 4. d. M.;
2) ein goldener **Herrenring** mit Brillant, am 10. d. M.;
3) ca. **30 Stück** verschiedene alte **russische Silbermünzen,** einige in der Größe eines Thalers, und **ein Zehnmarkstück** mit Bildniß Kaiser Friedrich's, vom März bis Juni dieses Jahres;
4) **ein Rock** von dunkelgrauem, mit rothen Fäden durchwirktem Stoff, einer Reihe schwarzer Hornknöpfe und Stoffhenkel, seit ca. **4 Wochen;**
5) **eine neue Hose** von dunklem, braun gestreiftem Stoff, mit roth- und weißgestreiftem Bandkatter, vom 8. bis 11. d. M.;
6) ein 3rädriger bronzirter **Kinder-Sitzwagen** mit Verdeck und blauen Vorhängen, am 10. d. M.;
7) eine goldene, aus kleinen viereckigen Gliedern bestehende **Halskette,** vom 1. bis 3. d. M.;
8) **ein dunkelbraunlederner Handkoffer,** darin: **ein Kammgarnrock und eine ebensolche Weste,** schwarz, **ein Paar gemusterte blaucarrirte Hosen, 3 neue leinene Hemden,** „H. S." gezeichnet, ein ebensolches mit gesticktem Einsatz und dem Zeichen „Wallenstein", **5 weiße Taschentücher,** „H. S." gezeichnet, **5 neue Cravatten und div. Putz-, Schreib- und Nähzeug,** am 24. v. M.;
9) ein **Sommerüberzieher** von braunem glattem Stoff mit schwarzem Sammetkragen, Steinnußknöpfen und Stoffhenkel, am 12. d. M.;
10) **2 Dutzend** verschiedenfarbige **Flanellhemden, 1 Dutzend** ebens. **Frauenhemden, 1 Dtzd. Barchenttücher, ½ Dtzd. Taschentücher, 1 Dtzd. Knabensocken und 1½ Dtzd. Chemisettes,** am 13. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 15. September 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. B.

Die Aufgabe der Zukunft.

Kaiser Wilhelm hat die neulich im Strandhotel zu Glücksburg gemachten Andeutungen über die zweckmäßige Bekämpfung der Socialdemokratie bei dem Festmahl für die obersten Behörden der Provinz Schlesien, welches am 13. September in Breslau stattfand, weiter ausgeführt und unter Anderem gesagt, daß die Provinz Schlesien die erste gewesen sei, welche Schritte gethan habe, um den auf das Wohl der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Gedanken des Kaisers Folge zu geben. In lobenswerthem Eifer gingen dort Kirche und Laien zusammen, um das Wohlergehen der unteren Classen zu heben und dem Leben der Provinz die Ordnung zu erhalten. Der Kaiser schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Ich knüpfe hieran den Wunsch, daß dieses gute Beispiel, welches die Provinz gegeben hat, ohne Unterschied der Parteien und Confessionen von allen Theilen Meines Staates befolgt werde, daß unsere Bürger endlich aus dem Schlummer erwachen mögen, in dem sie sich so lange gewiegt haben, und nicht blos dem Staat und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Provinz beharrt auf dem jetzigen Wege, es nicht nur der Provinz, sondern auch Meinem ganzen Lande gelingen wird, wiederherzustellen die Achtung vor der Kirche, den Respect vor dem Gesetz und den unbedingten Gehorsam gegen die Krone und deren Träger."

Nach dem Wunsche des Kaisers soll also die selbstthätige Bekämpfung der Socialdemokratie durch das Bürgerthum sich in doppelter Weise vollziehen, sie soll einerseits auf die Hebung des Wohlergehens der arbeitenden Bevölkerung, andererseits auf die Erhaltung der Ordnung gerichtet sein.

Die schlimmste Wirkung, welche die Wühlarbeit der Socialdemokratie bisher gehabt hat, ist die Untergrabung der Autorität in jeglicher Gestalt. Diese Autorität gilt es wieder herzustellen in Kirche und Schule, in Staat und Familie. Für den Socialdemokraten giebt es weder einen Gott noch einen König, der Mann achtet weder die Frau, noch der Sohn den Vater, weil alle Familienbande gelöst werden sollen, der Verkehr der beiden Geschlechter ist dem Zufall überlassen, Verbindungen zwischen beiden werden je nach Laune geschlossen oder aufgelöst, die Kinder sind jeder Pietät gegen die Eltern von vornherein überhoben, weil sie in öffentlichen Anstalten aufgezogen werden, um später die ihnen zugewiesene Rolle im socialdemokratischen Staate, wenn von einem solchen überhaupt die Rede sein kann, zu übernehmen; Männer und Frauen haben gleiche Rechte, und schließlich hat keiner ein Recht, weil es an der Gleichberechtigung der Uebrigen seine Grenze findet. Von welcher Seite man auch den Socialismus betrachtet, stets führen die Schlußfolgerungen mit Nothwendigkeit zur Unmöglichkeit ihrer Durchführung. Das schreckt aber nicht vor der Theilnahme an der socialdemokratischen Bewegung zurück, weil sie von der Mehrheit nur als Mittel zum Zweck betrachtet wird. Die Führer können sich darauf berufen, was sie mit ihren unsinnigen Forderungen bisher erreicht haben.

Was ist es, was die Socialdemokratie zu einer Gefahr gemacht hat? Es ist die Centralisation, die einheitliche Zusammenfassung der gesammten Partei unter der Leitung einiger weniger unter einander einiger Führer. Sobald die Führung verloren gegangen ist, stürzt das ganze Gebäude, was in den letzten fünfundzwanzig Jahren aufgerichtet worden ist, in sich zusammen. Das wissen die Führer sehr wohl, aber die große Masse der Socialdemokraten ist der Führung überdrüssig, sie wollen den von den Führern geübten Zwanges ledig sein und ihre eigenen Gedanken zur Geltung bringen. Dieses Streben tritt überall hervor, besonders in der Gründung von Genossenschaften. Es ist jetzt die Gründung von mehr als hundert Blättern der socialdemokratischen Partei im Werke, wozu die Mittel natürlich nicht von den Führern bereit gestellt, sondern die nur durch das Zusammenwirken einer größeren Anzahl Parteigenossen ins Leben gerufen werden können. Man sträubt sich schon jetzt gegen ein Centralorgan, weil man mehr Stimmen als bisher zur Geltung bringen will. Das sind höchst beachtenswerthe Erscheinungen, welche von den Gegnern der Socialdemokratie benutzt werden müssen.

Das wichtigste Recht, welches der Socialdemokratie zur Seite steht, ist das Recht der Coalition, die Waffe einer plötzlichen Arbeitseinstellung zur Erzwingung besserer Arbeitsbedingungen. Diesem Recht steht aber das gleiche Recht der Arbeitgeber gegenüber, und von diesem Rechte ist bisher nicht der nöthige Gebrauch gemacht worden. Wenn die Arbeitgeber sich zur Wahrnehmung und zum Schutz ihrer Rechte vereinigen, so ist damit eine höchst wirksame Waffe zur Abweisung unerfüllbarer Begehrlichkeit der von Socialdemokraten aufgehetzten Arbeiter gegeben. Das ist die erste Bedingung für eine zweckdienliche Bekämpfung der Socialdemokratie, sie weicht nur der Macht, und deshalb muß ihr die Macht sichtbar gemacht werden. Die Humanität ist die edelste Frucht der menschlichen Entwickelung, aber einer rohen und zu Gewaltthätigkeiten geneigten Masse gegenüber kommt man mit Humanität nicht aus, Gewalt kann nur mit gleichartigen Mitteln bekämpft werden. Die Socialdemokraten müssen gezwungen werden, die Autorität, welche sie verleugnen, wieder anzuerkennen und sich ihr zu fügen, aber freilich muß die Autorität auch mit der Würde auftreten, welche ihr Name erheischt, man darf ihr nicht mit Recht den Vorwurf machen, daß sie sich nur von persönlichen Interessen leiten läßt, sondern sie muß zeigen, daß ihr die Wohlfahrt der Gesammtheit am Herzen liegt und daß sie für diese auch Opfer zu bringen bereit ist.

Kirche und Schule sind die wichtigsten Factoren zur Aufrechthaltung der Autorität und des Zusammenhanges der Familie, aber es giebt auch äußere Mittel, durch welche dieser Zusammenhang ebenso stark gefördert und gewahrt wird. Der Socialdemokrat, welcher ein trautes Heim besitzt, der sich nach gethaner Arbeit mit Frau und Kindern dort zusammenfindet und für die Arbeit des nächsten Tages im Verkehr mit den Seinen neue Kraft sammeln kann, wird niemals für den ungekünstelten Verkehr der beiden Geschlechter oder für die Erziehung der Kinder in öffentlichen Anstalten schwärmen, für ihn hat der Zusammenhang der Familie den höchsten Werth, er würde ihn nicht für die glänzendsten Versprechungen dahingeben. Deshalb gehört es mit zu den Aufgaben leistungsfähiger Arbeitgeber, ihren Arbeitern solches Heim zu schaffen, wie es bereits mit gutem Erfolge vielfach geschehen ist. Das meinte auch Kaiser Wilhelm, als er von den Maßregeln zur Hebung des Wohlstandes der arbeitenden Bevölkerung sprach. Auch in dieser Frage ist es das Zusammenwirken der Arbeitgeber, welches den besten Erfolg verspricht. Die Socialdemokratie muß darüber aufgeklärt werden, daß die Verbesserung des Looses der arbeitenden Bevölkerung nur auf dem Boden der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse erfolgen kann, daß ihnen Diejenigen Steine statt Brod darbieten, welche den Umsturz des Bestehenden als das Heil der Zukunft anpreisen. Die Socialdemokratie ist ein Product der Lüge und der Volksverführung, beide Beweggründe müssen von den Verführten in ihrem ganzen Umfange erkannt werden, und um dieser Erkenntniß Eingang zu verschaffen, müssen alle Kräfte der Ordnungsparteien vereinigt werden. Wir müssen uns der Socialdemokratie gegenüber organisiren, alle Bürger, welche auf dem Standpuncte der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich befinden, müssen gemeinsame Schritte thun, um die Socialdemokratie zu bekämpfen mit allen Mitteln, welche ihnen zu Gebote stehen. Der Socialismus ist eine Krankheit unserer Zeit, hervorgerufen durch die großen Veränderungen auf dem Gebiete der Industrie und des Verkehrs, diese Krankheit muß geheilt werden und sie wird es, denn der Staat der Gegenwart ist in der Hauptsache gesund. *

Leipzig, 16. September.

* Es wird jetzt bestätigt, daß der Reichstag mit colonialpolitischen Angelegenheiten in der bevorstehenden Fortsetzung der Tagung sich auch zu beschäftigen haben wird. Es verlautet, daß es sich dabei nicht um ein colonialpolitisches Programm, sondern um Beschlüsse der Regierung über die Maßnahmen handelt, welche durch Abschluß des deutsch-englischen Vertrages als erforderlich erachtet worden sind. Von den Erwägungen, welche nach dieser Richtung hin schweben und die u. A. auch die Errichtung der deutschen Schutztruppe in den afrikanischen Colonien umfassen, wird es abhängen, wie sich die Stellung des Majors v. Wissmann gestaltet.

* Betreffs der Bewerbung um das Nationaldenkmal erfährt die „Vossische Zeitung", daß das von dem Reichskanzler erlassene Ausschreiben bei den zur Theilnahme aufgeforderten Künstlern nicht eben sehr günstig aufgenommen worden ist. Der Grund liegt in der Hauptsache darin, daß das Ausschreiben in mancher Hinsicht von dem abweicht, was sonst bei derartigen Bewerbungen gebräuchlich ist. In erster Linie ist es auffallend, daß von einem Preisgericht überhaupt nicht die Rede ist, so daß die Bewerber keinen Anhalt dafür haben, von wessen Urtheil die für den Einzelnen doch sehr wichtige Entscheidung abhängen soll. Ferner nimmt man daran Anstoß, daß die öffentliche Ausstellung der Entwürfe nicht bestimmt zugesagt, sondern nur „vorbehalten" bleibt, so daß eine öffentliche Bekanntgabe der Arbeiten, auf welche natürlich die Bewerber unter Umständen großen Werth legen müssen, in das „Belieben" der Behörde gestellt ist. Ebenso ist es durchaus ungewöhnlich, daß bei den Preisen weder eine vorläufige Zahl derselben, noch auch der Mindestbetrag dafür angegeben wird, auch hier wird Nichts zugesagt, es bleibt wiederum „vorbehalten", Preise „bis zur Höhe von 12 000 ℳ" zu bewilligen. Hoffentlich nimmt das Reichskanzleramt noch Veranlassung, betreffs des Preisgerichtes, der Preise und der Ausstellung der Modelle eine aufklärende und beruhigende Versicherung zu geben, da bei der ohnehin nur knapp bemessenen Entschädigung aus mancherlei sachlichen und persönlichen Gründen eine besondere Begeisterung für diese Aufgabe nicht recht aufkommen will. Der sehr wichtige Lageplan, der schon vor mehreren Monaten im Ministerium bearbeitet wurde, ist bis heute noch nicht veröffentlicht.

* Zur Steuerreform in Preußen schreibt die „Magdeburgische Zeitung":

Von der Steuerreform in Preußen werden jetzt die Grundzüge bekannt gegeben. Sie entsprechen im Großen und Ganzen den Erwartungen, die in weiten Kreisen gehegt wurden, als Herr Miquel zu der Lösung einer Aufgabe berufen ward, mit der man seit einem Jahrzehnt beinahe die preußische Volksvertretung sich abgemüht hat. Noch fehlen die Einzelheiten, aber schon der Grundzug der Reform läßt erkennen, wie unbegründet die Behauptungen waren, daß zuletzt auch diese Reform nur auf eine bloße Verschiebung der Steuern hinauslaufen werde. Allerdings wird sie das für die wohlhabenderen Classen unserer Bevölkerung bedeuten. Aber daneben der geht das Bemühen, die mittleren und unteren Classen der Bevölkerung weiter zu entlasten von Staats- und Gemeindesteuern und damit die Quellen zu stopfen, welche die Unzufriedenheit genährt und damit indirect zugleich die socialistische Bewegung gefördert haben. Insofern kann behauptet werden, daß die Steuerreform zugleich ein bedeutsames Stück Socialreform sein wird. Die schärfere Heranziehung des fundirten Einkommens im Vergleich mit dem bloßen Arbeitseinkommen hat die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auch auf die bisher von ihr befreiten nächsten Verwandten, auf die Ehegatten, Kinder und Eltern zur Folge gehabt. Diese Neuerung wird Viele hart berühren, aber der Steuersatz (1 Procent vom Erbschaftscapital) ist mäßig, und überdies sollen die kleineren Erbschaften noch wie vor steuerfrei bleiben. Mit Freuden wird es dagegen begrüßt werden, daß bei der neuen Einkommensteuer die kleinen und mittleren Einkommen besonders berücksichtigt werden sollen. Von 9000 oder 9000 ℳ an abwärts sollen die Steuersätze nach unten hin abgestuft und bei der Bemessung des Einkommens den Familienverhältnissen besondere Berücksichtigung zu Theil werden. Das Weiteren ist von der beabsichtigten Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer zugleich eine Ermäßigung der communalen Steuern zu erwarten. Daß den wohlhabenden Classen schwere Lasten werden auferlegt werden, darf nicht in Abrede gestellt werden, und diese werden in Verbindung mit den Lasten, die einem großen Theil derselben schon aus der Versicherungsgesetzgebung im Reiche erwachsen sind, um so härter empfunden werden. Aber Niemand wird auch leugnen wollen, daß noch der Vermehrung der indirecten Steuern im Reiche die verschärfte Heranziehung der wohlhabenden Classen zu den directen Steuern nur ein Act ausgleichender Gerechtigkeit ist. Ob die Vorschläge im Einzelnen das Richtige getroffen, das wird sich nur auf Grund der Steuervorlagen selbst beurtheilen lassen. Die Andeutungen aber, die über die Grundzüge der beabsichtigten Reformen gemacht werden, scheinen und berartig zu sein, daß sie eine Verständigung zwischen Regierung und Volksvertretung und ein für das Land ersprießliches Ergebniß erwarten lassen.

* Die vor Kurzem den meisten Blättern zugegangene Mittheilung, wonach die Bestätigung der Wiederwahl des Herrn von Forckenbeck zum Oberbürgermeister von Berlin erfolgt sein sollte, ist nach der „National-Zeitung" unrichtig. Auch ist der Stand der Sache nicht, wie einige Zeitungen glauben, der, daß die Bestätigung beschlossene Sache und nur noch nicht ausgefertigt wäre. Es fehlt vielmehr noch die Entscheidung des Kaisers.

* * *

* Zwölf Jahre sind verflossen, seitdem auf dem Berliner Congresse die Frage der Beseitigung der Schifffahrtshindernisse am Eisernen Thore erörtert worden ist und aus diesen Erörterungen der Artikel 57 des Berliner Vertrags hervorgegangen war, welcher bestimmt, daß die für die Beseitigung der Schifffahrtshindernisse am Eisernen Thore und bei den Katarakten auszuführenden Arbeiten Oesterreich-Ungarn übertragen werden und daß die Uferstaaten jenes Theiles des Flusses alle im Interesse der Ausführung dieser Arbeiten erforderlichen Erleichterungen zu bieten haben werden. Man kennt die Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, bis die Inangriffnahme der bezüglichen Arbeiten ermöglicht wurde. Nun erst werden dieselben in Fluß gebracht und in wenigen Tagen wird mit ihnen begonnen werden. Nach den der „Kreuzzeitung" zugehenden Berichten wird der Beginn dieser Arbeiten von einer Feier begleitet sein, an welcher sich die Vertreter Oesterreich-Ungarns und der erwähnten Uferstaaten betheiligen werden. Seitens Ungarns wird der ungarische Handelsminister Baroß erscheinen, seitens der österreichischen Reichshälfte der Handelsminister Marquis Bacquehem und als Vertreter der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Regierung wird der Sectionschef des Ministeriums des Aeußeren, Herr v. Szögyeny-Marich, der Feier anwohnen. Serbien wird durch Herrn Gruitsch vertreten sein. Wer seitens der rumänischen und bulgarischen Regierung an der Feier theilnehmen wird, ist noch nicht bekannt. Allein es unterliegt keinem Zweifel, daß mit dieser Feier eine Zusammenkunft von Ministern der erwähnten Staaten verbunden sein wird. Der Beginn der Arbeiten am Eisernen Thore erhält hierdurch ein besonders feierliches Gepräge. In Wien und Pest ist von dort der Glaube verbreitet, daß bei diesem Anlasse auch Besprechungen der dort zusammentreffenden Minister über verschiedene, die Interessen ihrer Staaten betreffende wirthschaftliche Angelegenheiten stattfinden werden. Es bleibt abzuwarten, ob die bezüglichen Angaben, die darauf hindeuten, daß es sich um förmliche Conferenzen handeln dürfte, richtig seien. Daß indessen die Zusammenkunft der erwähnten Persönlichkeiten jedenfalls zu einem Gedankenaustausche über die verschiedenen Angelegenheiten führen werde, versteht sich wohl von selbst.

* Aus Rußland wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Deutsche Ingenieure hatten der russischen Regierung Pläne vorgelegt für die Herstellung einer Wasserstraße zwischen Rußland und dem westlichen Europa vermittelst Canalverbindung zwischen Dniester, Weichsel, Elbe und Oder. Die Vorschläge sollen nunmehr als definitiv zurückgewiesen worden sein, mit der Begründung, daß zunächst die Weichsel und der Dniester geregelt werden müßten. — Von Kowel nach Dombrowitza wird auf Veranlassung des Kriegsministers eine Eisenbahn erbaut. Sie dient nämlich dem strategischen Zweck, die Grenze mit der Weichselbahn zu verbinden. Ein Theil der 126 Werst langen Linie ist bereits fertiggestellt. Die zum Bau erforderlichen Summen sind ausgeworfen. Für den Güterverkehr ist die neue Bahnstrecke insofern unnütz, als sie die Polesiebahnen mit den südwestlichen Linien verbindet. — Mit besonderer Genugthuung verzeichnen die „Petersb. Wied." eine Reihe von Anzeichen für eine Besserung der russisch-japanischen Beziehungen, unter Anderem sei einzelnen russischen Unternehmern gestattet worden, in Japan ihre Thätigkeit zu entfalten. So uneigennützig, wie das Blatt behauptet, sind übrigens die Bemühungen um die Gunst des Mikado von Seiten Rußlands nicht, denn es gehört zu den Erfordernissen der russischen Politik in Asien, mit Japan auf gutem Fuße zu stehen.

In der Petersburger Gesellschaft wird noch immer ein Zwischenfall aus der Zeit der Anwesenheit Kaiser Wilhelm's besprochen. Bekanntlich wohnte Kaiser Wilhelm am 18. August dem Festtage des Leib-Garderegiments Preobraschenski bei, anläßlich dessen ein Frühstück stattfand, bei welchem der Zar wie alljährlich die Gesundheit Kaiser Franz Joseph's ausbrachte, dessen Geburtstag auf diesen Tag fällt. Diesmal trank der Zar zunächst die Gesundheit seines kaiserlichen Gastes und der deutschen Armee und endete mit einem Hurrah, in welches alle Anwesenden einstimmten. In gleicher Weise verlief der Spruch, welchen Kaiser Wilhelm auf den Zar und die russische Armee ausbrachte. Auch hier riefen alle Hurrah, wobei jedesmal die betreffende Nationalhymne gespielt wurde. Nun brachte Kaiser Alexander das Wohl des österreichischen Kaisers aus; die österreichische Nationalhymne wurde gespielt, aber — unter allseitigem Schweigen der Anwesenden. Der Zar setzte sich dann sofort, und alle Gäste folgten diesem Beispiele; doch wollen Augenzeugen gesehen haben, daß Kaiser Wilhelm und der österreichische Botschafter Graf Wolkenstein einige Augenblicke stehen blieben und sich ebenso verwundert wie verständnißvoll ansahen.

* Aus Rom, 11. September, wird der „Politischen Correspondenz" geschrieben:

Die Preßfehde zwischen den italienischen und französischen Organen der öffentlichen Meinung, welche sich anläßlich der unterbliebenen Theilnahme des Königs Humbert an der Feierlichkeit der Stapellassung der „Sardegna" in Spezzia entsponnen hatte, ist nun verstummt; die Heftigkeit der Sprache, welche in den beiderseitigen Auslassungen geführt wurde, war eine so große, daß die Erregung in Italien noch nachzittert. Jedenfalls bietet diese Episode einen neuerlichen Beweis, daß trotz der zwischen beiden Regierungen im officiellen Verkehre bestehenden correcten, ja cordialen Beziehungen das Verhältniß zwischen Italien und Frankreich noch immer ein gespanntes bleibt. Die italienische Regierung ist sich ihrerseits bewußt, Alles gethan zu haben, um jeden Zweifel an ihrem aufrichtigen Wunsche, mit der Nachbar-Republik freundliche Beziehungen zu unterhalten, zu bannen; sie hat namentlich auf wirthschaftlichem Gebiete, vielleicht sogar unter Schädigung der eigenen Interessen, das größte Entgegenkommen bewiesen, ohne daß dasselbe bisher seitens Frankreichs eine Erweiterung fand; von der Richtung ihrer auswärtigen Politik wird sich Italien aber durch das Uebelwollen Frankreichs nicht abdrängen lassen, das gestatten die vitalen Interessen des Landes nicht, welche hierfür die einzige Richtschnur bilden, und die Versuche, Italien von dem Dreibunde abwendig zu machen, müssen daher, wie sie bisher sich als vergebliche erwiesen haben, auch in Zukunft als aussichtslos bezeichnet werden. Am allerwenigsten ist aber ein derartiges Resultat von feindlichen Kundgebungen zu erhoffen. Wenn man beispielsweise in Frankreich geglaubt hatte, durch die systematische Verherrlichung des französischen Capitals gegen die italienischen Staatswerthe irgend welchen Eindruck zu machen, so hat man sich nicht nur vollständig getäuscht, sondern auch den eigenen Finanzkreisen allein beträchtlichen Schaden zugefügt, welche heute dieselben Werthe, die sie zu den gedrücktesten Coursen veräußerten, zu bedeutend höherem Preise wieder zu erwerben sich veranlaßt sehen.

Mit welchen Waffen die radicale Presse das ihr so verhaßte Oesterreich-Ungarn bekämpft, davon liefert folgender Vorfall einen neuen markanten Beweis: In den letzten Tagen machte nämlich in der radicalen, Oesterreich-Ungarn feindselig gesinnten Presse die Nachricht die Runde, daß ein Oberst der italienischen Armee, welcher eine Dame bis Cormons begleitet habe, dort von der österreichischen Gendarmerie verhaftet, sehr unfreundlich behandelt und unter Escorte zu Fuß, wie ein Verbrecher, bis an die italienische Grenze transportirt worden sei, und es wurden natürlich an diese, auch telegraphisch verbreitete Nachricht die feindseligsten Commentare und Ausfälle gegen Oesterreich-Ungarn geknüpft. Nun stellt sich aber heraus, daß an dieser mit großer Entschiedenheit und genauen Details verbreiteten Nachricht auch nicht ein wahres Wort ist, und daß man es hier mit einer kolossalen Lüge und Verleumdung zu thun hat. Eine Sache, welche sich solcher Mittel zur Bekämpfung ihrer politischen Gegner bedient, kann keine gute sein, leider gehören aber derlei Waffen, deren sich die radicale und irredentistische Partei in Italien bedient, zu den gewöhnlichen und beinahe stets gebrauchten.

Der Minister-Präsident Crispi hat die Einladung der Stadt Florenz zu einem großen, ihm zu Ehren zu veranstaltenden Bankett angenommen und wird bei dieser Gelegenheit eine politische Rede halten, welcher man begreiflicherweise allgemein mit großer Spannung entgegensieht.

* Sehr bewegt und bezeichnend für den den katholischen Socialcongreß in Lüttich beherrschenden Geist gestaltete sich die Morgensitzung vom Donnerstag. Das deutsche Centrumsmitglied Bachem hatte den Antrag eingebracht: „Der sociale Congreß in Lüttich pflichtet der großmüthigen Anregung der Berliner Conferenz bei, obschon die von dieser Conferenz angenommenen Wünsche nur als erster Schritt in der Frage des internationalen Schutzes der Arbeiter angesehen werden. Der Congreß ladet die Regierungen ein, die Gesetz-